

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Berlin SW 48, Wilhelmstr. 114a. Fernspr.: Amt
nach 3334 u. 3335. Expedition: Berlin SW 68, Friedrich-
str. 117. Fernspr.: Amt Bülow 5736. Nach-Auslieferung:
Wilhelmstr. 144, Erdgeschoss (am Reichsbahn Bahnhof).

Schriftleitung:
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementpreis für Rußland monatlich 1.50 M.
Ausland monatlich 3.00 M.
Einzelheftpreis: die 7 gebundene Monatshefte 75 Pf.
Kleine Anzeigen: Ueberschriftswort 50 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Ein Geheimdokument.

Der neue Krieg im Osten.

Riga, 29. Dezember. (B.L.B.) Ueber die Vorformung in Riga wird weiter gemeldet: Am Sonntag, den 29. Dez., meuterten die beiden lettischen Kompanien der von der provisorischen lettischen Regierung aufgestellten Landeswehr und erklärten, daß sie zu den Bolschewisten übergehen würden. Der lettische Ministerpräsident Ullmann wandte sich an die deutsch-baltische Landeswehr mit dem Ersuchen, die Meuterei zu unterdrücken. Doch boten die Deutschbalten an, daß sie jede Verschärfung der national-gegenständlichen Maßnahmen zu vermeiden wünschten. Durch Vermittlung des englischen Konsuls wandte sich die lettische Regierung an das englische Gesandtschaftsamt, das in Riga von Unter liegt, dessen Kommandant seinerseits auch wieder mit den Deutschbalten wegen eines aktiven Eingreifens in die Angelegenheit trat. Auf Grund der Verhandlungen, die dann am Vormittag ein englischer Kreuzer stattfand und an denen Vertreter des deutschen Gesandtschafts in Riga, der lettischen Regierung und der deutsch-baltischen Landeswehr teilnahmen, gelang es am Montag früh um 3 Uhr deutschbaltische und russische Truppen die Kasernen der Meuterei und stellten sie unter Ullmanns volle Übergabe. Da diese nicht rechtgriffen die Engländer im Einverständnis mit dem Kommandanten der lettischen Meuterei ein. Sie erklärten aber, daß die lettischen Kompanien in Riga vor ungefähr 200 Mann sich lebungslos ergaben.

Aus dem Zentralrat.

Berlin, 31. Dezember. (B.L.B.) Ein eingegangenes Schreiben über das Januarabkommen einiger A. und S.-Räte wurde einer Kommission zur Bearbeitung übergeben. Mehrere Vorschläge betrafen die Befreiung durch Durchführung der freien Hamburger Rente. Auch für diese Angelegenheit wurde eine Kommission eingesetzt zur Vorbereitung und der Vorsitzende des Z.R. außerdem beauftragt, noch am gleichen Abend über die im nächsten abendlichen Fragen mit dem Rat der Bolschewisten zu sprechen. Auch zu dem Aufruf von Burgs, der Erklärung von Ödners usw. will der Z.R. gemeinsam mit dem Rat der Bolschewisten demnächst Stellung nehmen. Es wurde weiter beschlossen, daß über die Frage der Delegation und deren Entlassung auf ordnungsmäßigen Wege von der Delegation der Soldaten zusammen mit Noske und mit einem Mitgliede des Groß-Berliner Volksrates beraten werden soll. Ein Zentralratsmitglied besprach in längerer Rede die unbedingte Notwendigkeit der A. und S.-Räte. Allerdings müssen die bereits entstandenen Schwierigkeiten mit den bestehenden Behörden und Körperlichkeiten von jetzt ab vermieden. Uebergänge der A. und S.-Räte verhindert werden und die Räte sich den Anordnungen des Zentralrates in Berlin unterstellen.

Die preussischen U. S. D.-Minister.

Berlin, 31. Dezember. Der preussische Minister Stöcker erklärt nach dem Austritt von Dr. Breitscheid, Hoyer und Simon — Dr. Rosenfeld, Hoff und Paul Hoffmann sind ihm nicht erreichbar gewesen — in seiner Mitteilung an den Zentralrat, durchaus auf dem Boden der Auffassungen zu stehen, welche die U. S. D. im Hinblick auf den Austritt aus dem Rat der Bolschewisten veranlaßt hätten, und ersucht demnach, um eine Klärung ihrer Stellung als preussische Minister herbeizuführen und über ein weiteres Verbleiben im Amt schlüssig werden zu können, um eine Besprechung mit den Arbeiter- und Soldaten-Zentralrat.

Die wachsende englische Herrschaft in Arhangelsk.

St. Petersburg, 30. Dez. (Rosa.) Nach dem, was die Zeitung „The Red Army“ erzählt, herrscht allgemeine Unzufriedenheit über die englische Herrschaft in Arhangelsk. Die Befehlshaber sind überfüllt. Es ist eine große Streifenmacht zwischen den englischen und russischen angeordneten Truppen gekommen. Nach allgemeiner Ansicht werden die Bolschewisten die Stadt bald nehmen. Sie stehen nur noch 25 Kilometer von der englischen Armee entfernt. Auf die gedruckten russischen Truppen ist kein Verlaß. Teile von ihnen haben Gewehre, Maschinenpistolen und Munition den Bolschewistischen Agenten verkauft.

Hinter den Kulissen der Gegenrevolution.

Das B.L.B. bringt heute folgende erstaunliche Depesche: „Mita, 31. Dezember. Der Soldatenrat Mita teilt mit: Die Engländer im Hafen von Riga fordern plötzlich, daß die deutschen Truppen zum Schutz der Bevölkerung hier bleiben, und drohen, Deutschland für alle Schäden und Verbrechen der Bolschewisten haftbar zu machen. Von Norden vorbringende russische Truppen sind vor Riga durch eine eiserne Division von Freiwilligen aufgehalten worden. Die Behauptung Deutschlands vor weiteren Schäden und die Zurückhaltung der Armee, soweit sie im Abtransport ist, sind nur möglich, wenn die englischen und die freiwilligen Truppen ihre Pflicht tun. Der Generalvollmächtigte Winnig und das Armeekorpskommando 8 (Riga) erlassen an die Truppen zur Entsendung weiterer Freiwilligen denen von der lettischen Regierung als Bezeichnung neben 10 Mark täglicher Lohnung volle Staatsbürgerrechte und die Möglichkeit des Landenerwerbs versprochen werden.“

Die Depesche sagt: gezwungen durch die Engländer müssen deutsche Truppen in Riga bleiben und mit den Engländern zusammen für die baltischen Barone und gegen die russische Revolution kämpfen.

Ein neuer Krieg wird also begonnen von der Regierung, die dem deutschen Volke tagtäglich in die Ohren flüstert: Von unserer Existenz hängt der baldige Abschluß des Friedens ab. Der deutsche Soldat, nachdem er vier Jahre Kanonenschutt des Imperialismus gesehen, soll jetzt Kanonenschutt der Gegenrevolution sein.

Das Bündnis der deutschen Gegenrevolution mit der Entente ist in Riga geknüpft. Der Antirevolutionär ist begonnen. Heute ist der Gegner die russische Revolution; im Kampf gegen sie werden die gegenrevolutionären Streitkräfte organisiert und eingezogen. Für welches nächste Ziel? Für kein anderes als für die deutsche Revolution.

Die Wilhelm von Hohenzollern erklärt diese Regierung über die Essentia: „Ich habe diesen Krieg nicht gewollt.“ „Das Schwert ist mir in die Hand gezwungen worden von den Engländern.“

Sie läßt ebenso dreist und insam wie Wilhelm von Hohenzollern. Das angeblich von den Engländern in die Hand gezwungene Schwert ist ihnen von dem Agenten der Ebert-Regierung, dem deutschen Gewerkschaftsführer August Winnig mit Freuden angeboten worden.

Der dokumentarische Beweis dafür liegt vor uns. Dies Dokument der größten Inzornie, die möglich ist, hat folgenden Wortlaut:

Rosow, den 26. Dezember 1918.

An die Delegation der Offiziere.
Berlin.

Von einem Telegramm des Chefs des Generalstabes der 2. Armee an Oberbefehlshaber Ost geben wir Ihnen nachstehend Abschrift zur Kenntnisnahme. Es ist anzunehmen, daß leitend der Entente auch die Befreiung der anderen baltischen Gebiete bis zum Friedenskonferenz eventuell gefordert werden wird?

Das betreffende Telegramm lautet wie folgt:

23. 12. (aus Besprechung zwischen Reichsvollmächtiger Winnig und engl. Regierungsvorretter, früheren Generalstabes in Mita, Sofjanowet an Bord engl. Schiffes „Prinzess Margret“ statt, zu welcher auch Beteiligung des deutschen Oberbefehlshabers oder seines Vertreters erbeten war. Ich wurde zur Teilnahme bestimmt.

Zweck der Besprechung:
Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen.

Bericht der Besprechung:
Engländer:
Hier folgende Schritte sollen Ausführung der Bedingungen sein. Auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen wird folgendes gefordert:

1. Daß die Deutschen eine genügende Streitmacht in diesem Gebiet zu halten haben, um die Bolschewisten im Schach zu halten und ihnen nicht zu erlauben, über ihre gegenwärtigen Stellungen hinaus vorzudringen.

2. Die Schritte, welche nicht benötigt werden für den vorstehenden Zweck, müssen mit aller Beschleunigung zurückgezogen werden in Uebereinstimmung mit den jetzt in Kraft befindlichen Waffenstillstandsbedingungen.

3. Eine Aufstellung der gegenwärtigen Dispositionen für die Truppen, welche gegen die Bolschewisten stehen, sowohl der britischen wie der lettischen, sollen an den britischen militärischen Stabsoffizier gestellt werden zur Kenntnis für den ältesten Marineoffizier. Alle künftigen Dispositionen hinsichtlich der Truppen, welche zum Kampf gegen die Bolschewisten bestimmt sind, sollen durch denselben Offizier mitgeteilt werden.

4. Eine genügende Streitmacht muß an den folgenden Punkten unter Waffen erhalten werden um ihre Anwesenheit durch die Bolschewisten oder deren Verbindungen in einer anderen Linie, welche nachfolgende Plätze verbindet, zu gewährleisten: Wall, Wolmar, Wenden, Friedrichshab, Paul, Mita.

5. Die Eisenbahn von Riga nach Ostow soll gegen bolschewistische Angriffe gesichert werden und alle britischen Vorräte und Post, welche auf dieser Strecke fahren, sollen sorgfältig behandelt werden.

6. Die deutschen Behörden sollen britischen Offizieren jeden Beistand geben, der erbeten wird, um die vorgeschriebenen Posten zu besetzen, um zu zeigen, daß die vorstehenden Bedingungen angefohrt werden.

7. Alle Plätze, welche künftig den Deutschen innerhalb der gegenwärtigen Front verloren gehen sollten, sind von ihnen wiederzunehmen.

8. Während der Dauer bis zur Erlaubnis der Entente für die deutschen Truppen gem. Artikel 12 des Waffenstillstandsabkommens abzugeben, sind sie verantwortlich für die Sicherheit der Bevölkerung innerhalb der besetzten Gebiete, Linie gegen bolschewistische Angriffe.

9. Dieses entbehrt die deutschen Mil.-Behörden nicht von der Verantwortung für die Sicherheit der Bevölkerung (Art. 12) in anderen Gebieten, welche in den nachfolgenden Punkten nicht ausdrücklich erwähnt sind.

10. Die lettische Regierung behauptet, daß deutsche Schiffe Lebensmittel und Vorräte haben, um sie nach Deutschland zu tragen; sie behauptet, daß ihr noch keine Gelegenheit gegeben ist, die Ladung zu prüfen und sich zu vergewissern, ob Art. 14. der Waffenstillstandsbedingungen beobachtet worden ist. Sie fordert, daß eine Kommission ernannt wird, die Gelegenheit zu prüfen. Es ist die Absicht des ältesten britischen Marineoffiziers, die deutschen Behörden zu ersuchen, von den Bewegungen dieser 12 Schiffe vorher Kenntnis zu machen.

Deutscher Reichsvollmächtiger:

Dies sei es ungenügend, eine Regierung zu zeigen zu allen, einen fremden Staat besetzt zu halten, in diesem Falle aber wäre es unser eigener Staat. Es geht, was immer man zu sagen und wir sind auch für moralisch gebunden, sollten, dem Lande zu helfen, das wir auch seinem früheren kaiserlichen Jukarungsfreie gemacht hätten.

Unsere Bestrebungen würden aber ersichert werden durch den Zustand der Truppen, die unter dem Einfluß der Wirkung der Waffenstillstandsbedingungen nicht mehr kampffähig sind, sondern sein sollten, die anderen auf allen strategischen Punkten bekräftigen. Um dieses durch das Verhalten der deutschen Regierungen, die die Deutschen auf ihre Unterwürigkeit stellen. Die deutsche Armee, freiwillige, ist bereits verbündet zu werden, was den Letztigen zu gelungener ist. Diese Verbände sollten zunächst als Kampfmittel der abgeleiteten Truppe dienen, würden aber auch darüber hinaus zum Zweck des Landes gegen Bolschewisten verwendet werden, soweit die Freiwilligen hierzu zu bringen sein würden.
Nach unterstehen wir nach Möglichkeit die Aufstellung

einer Landwehr. Endlich beabsichtige General von ... die Anwerbung eines starken Freiwilligenkorps zum Schutze des Baltikums, falls deutsche Regierung zustimmen und hiesige Regierungen den Freiwilligen nach Abschluß des Kampfes Einbürgerungsrecht gewähren.

Eine Kontrollkommission für Abtransporte unserer Vorräte wäre bereits gebildet. Die Bewegungen unserer Transportschiffe zeigen wir bereits 12 Stunden vorher an, eine Aufstellung der gegen die Bolschewiken verfügbaren Truppen werden wir jeweils dem britischen Kommandeur zustellen.

Engländer:

Erwähnten ernent, daß Schutz des Landes unsere Pflicht sei und Bedingungen hierfür nicht gestellt werden könnten.

Chef S. Armee.

Kurze Schilderung militärischer Lage. Hierbei Hinweis auf Stärke bolschewistischer Truppen, hinter denen anscheinend großrussische Truppen folgten, bereitete Schwäche der verfügbaren eigenen Freiwilligen-Verbände und der Landestruppen: was zurzeit zum Schutze des Landes möglich, geistliche Hilfe übrigen deutschen Truppen verweigerten weiteren Kampf, verlangten Abtransport in Heimat. Englisches Verlangen, diese Truppen festzuhalten und zum Kampfe einzusetzen, wäre unausführbar.

Engländer entgegneten, daß dann die Folgen für die Truppen hier sehr ernst sein würden, daß außerdem Deutsch-

land darunter bei der Festsetzung der Friedensbedingungen und der Grundlagen seiner zukünftigen Verfassung auf das schwerste bestraft werden und zu leiden haben würde.

Bei Ablehnung englischer Forderung ist Verhinderung unserer Transporte zu Wasser durch die Eisfelder zu befrachten. Engländer scheinen vorläufig nicht gewillt, durch Landestruppen Schutz von Riga und Gegend zu verstärken.

gez. Unerluer, Oberstleutnant.

Chef des Generalstabs der 8. Armee.

gez. Zentralrat der Dstfront

im Auftrage des A. S. G.

Bemerkung: Bevollmächtigter Winnig ist zu einer Besprechung der Dstfragen herbeizuführen.

Die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei (Spartakusbund)

Zweiter Verhandlungstag.

Nach 10 Uhr eröffnet Genosse Bied die Sitzung und schlägt vor, das Referat des Genossen Ronge über „Wirtschaftliche Kämpfe“ zuerst zu behandeln.

Der Vorsitzende, Genosse Walcher, verliest ein Begrüßungs-telegramm aus Schwientochlowitz, und schlägt vor, es in derselben Weise zu beantworten, wie es gestern von der Nachmittagsitzung bereits an eine andere Gruppe streifender Bergarbeiter beschlossen ist, ferner schlägt er die Abendung eines neuen Begrüßungs-telegramms an alle ober-schlesischen Bergarbeiter vor. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden. Nunmehr nimmt Genosse Ronge das Wort zu seinem Vortrage:

Die politische Verbrüderung der Scheidemannier mit der Bourgeoisie wird ergänzt durch die Kapitulation der Gewerkschaftsführer vor dem Unternehmertum. Täglich lesen wir das Lob der Gewerkschaftsführer in den kapitalistischen Zeitungen; die „sozialistische Zeitung“ nennt sie überaus maßvoll, das „Berliner Tageblatt“ ruft: Zurück zum alten gewerkschaftlichen System, das heißt um das Feilschen von ewigen Pfennigen Lohnverhandlungen. Zurück zum bisherigen gewerkschaftlichen System bedeutet Abkehr von dem Gedanken der Sozialisierung der Betriebe.

Wir wollen aber kein Zurück, sondern vorwärts. Um den Krieg durchhalten zu können, haben die bisherigen staatlichen Machthaber tief einschneidende Maßnahmen ins Wirtschaftsleben vorgenommen. Sie haben in den verschiedensten Industrien unzählige Klein- und Mittelbetriebe zertrümmert; sie haben die Produktion in verhältnismäßig wenigen Betrieben konzentriert und infolge des Mangels an Rohstoffen und Kohlen die Produktion fast ausschließlich geregelt, dem Unternehmer wurde das Material und die Kohlen zugewiesen, und auch der Verbrauch der Produkte wird in vielen Fällen durch amtliche oder halbamtliche Einrichtungen geregelt. Alle diese Maßnahmen erschweren nicht, sondern erleichtern technisch die Vergeßenschaftung der Produktionsmittel. Die Scheidemannier geben vor, die Sozialisierung der Betriebe auch zu wollen — aber später, durch Parlamentsbeschluss. Sie wollen den kapitalistischen Wirtschaftsprozess sich wieder voll entfalten lassen und dann angeblich die Vergeßenschaftung der Produktionsmittel beraten und darüber abstimmen. Und ebenso liest man es in der unabhängigen „Freiheit“.

Die Streiks in Berlin, die großen Bewegungen im Ruhrrevier und in Oberschlesien zeigen uns, daß sich die Arbeiter nicht auf den St. Nimmerleinstag verträufen lassen wollen. Die Wertleute geben sich alle Mühe, solche Bewegungen mit demagogischen Reden, mit blauen Bohnen zu unterdrücken, aber es wird ihnen nicht gelingen. Das Proletariat gibt dem Unternehmertum keine Ruhe mehr zur ungehörigen Verdauung des Profits, und unsere Partei wird alle solche Bewegungen unterstützen und fördern, bis das Ziel des Sozialismus erreicht ist. (Bravo!)

Der Scheidemannsozialistische Zentralrat (unterschieden von A. Reiner und Max Cohen) verdrängt uns in einem Angriff lächerlicherweise als die Verhinderer „der Sozialisierung der hierzu reifen Unternehmungen“. Zur gleichen Zeit hat der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts, Dr. Aug. Müller, nach einem Bericht des „Berliner Tageblatts“ der bürgerlichen Presse mitgeteilt, daß nach seiner Ansicht die Vergeßenschaftung der Produktionsmittel im Bergbau eine Dummheit, ja sogar ein Verbrechen sei. Der Legitimationsführer und bisherige Reichstagsabgeordnete Kräpzig hat in einer Unternehmerratschrift nachzujagen versucht, daß die Sozialisierung der Betriebe in seiner Branche nicht möglich sei oder doch nur später als in allen anderen Industrien erfolgen könne. Und wie wir die Gewerkschaftsführer kennen, so werden sie nächstens fast alle der Reihe nach aufstehen und jeder für seinen Industriezweig „nachweisen“, daß die Vergeßenschaftung gerade dort unmöglich ist.

Die notwendigen Organisationsmaßnahmen, um den Sozialismus herbeizuführen, sind die Betriebsräte, die im Unternehmen mit den Arbeiterräten die künftigen Angelegenheiten der einzelnen Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben. Nach einem Entwurf, den in Berlin eine Kommission ausgearbeitet hat, soll ferner für jedes zusammenhängende Wirtschaftsgebiet ein Bezirkswirtschaftsrat gebildet werden, der in allen Fragen, die die Arbeitsverhältnisse und die Kontrolle der Produktion und des Handels im Bezirk betreffen, selbständig zu entscheiden hat. Ein Zentralwirtschaftsrat für das Reich hätte namentlich die Kontrolle der Rohstoffproduktion und des Außenhandels und die Verteilung der einzelnen Industrien mit Arbeitsmitteln vom Standpunkte der Ueberleitung zur sozialistischen Wirtschaft.

Das vom Scheidemannsozialistischen Geiste beehrte Reichsarbeitsamt hat die Gefährlichkeit der Betriebs- und Arbeiterräte für das Kapital begriffen und vor zwei Tagen eine Verordnung erlassen, die für die einzelnen Betriebe die

Gründung von Arbeiterausschüssen im Hilfsdienstgefehrlichen Sinne vorschreibt, die die Aufgabe haben sollen, die gewerkschaftlichen Tarifverträge durchzuführen und das „gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Arbeitgeber“ zu fördern. Die Arbeiterschaft wird den Herrn Staatssekretär des Reichsarbeitsamts aber wohl belehren, daß sie sich durch seinen Fehler Papier die Betriebs- und Arbeiterräte nicht aus der Hand winden lassen wird, denn sie weiß, daß diese Betriebs- und Arbeiterräte das organisatorische Fundament ihrer revolutionären Macht sind. (Bravo!)

Als erster Diskussionsredner erhält Hammer-Essen das Wort. Wie sehr die Gewerkschaftsführer sich berufen fühlen, die Interessen der Unternehmer zu schützen, zeige auch eine zwischen dem Bergarbeiterverband und den Zechenbesitzern getroffene Vereinbarung, durch die den Arbeitern eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung zugesichert wird, die aber gleichzeitig für eine Erhöhung der Kohlenpreise sich einsetzt. Tatsächlich haben durch ihr Verhalten die Gewerkschaftsführer alle Sympathie gerade unter den Bergarbeitern verloren. Was Redner am Referat bemerkt, sei die klare Stellungnahme zu den Gewerkschaften. Durch Vereinbarungen mit den Zechenbesitzern versuchen die Bergarbeiterführer die Arbeiter von irgendwelchen Verhandlungen auszuschalten. Die Führer der Bergarbeiterverbände haben es sogar zugegeben, daß auf einzelnen Zechen Maschinen gewehre aufgestellt werden. Wir vom Arbeiter- und Soldatenrat in Essen haben diesem Zustand erst dadurch ein Ende gemacht, daß wir durch die Arbeiter selbst Vorkehrungen treffen ließen, die ein Erkaufen der Gruben verhüten. Es sei eine schmachvolle Verleumdung, wenn es so dargestellt werde, als täten die Arbeiter alles, um die Gruben dauernd betriebsunfähig zu machen. Faktisch arbeiten die Betriebsräte zum Teil schon in dem Sinne, wie wir es wünschen, trotz Zechenbesitzer und Gewerkschaften. Nun kommen aber die Bergarbeiter scharfweise zu uns und fragen uns, wie sollen wir uns zu den Gewerkschaften verhalten?

Genosse Rieger-Berlin bespricht die Bedeutung der Tarifverträge. Sie seien nicht, wie so schön gesagt worden sei, soziale „Friedensdokumente“, sondern hätten sich ausgedehnten zu Sklavenverträgen. Durch sie werden die Arbeiter dazu gebracht, gegen ihre eigenen Interessen als Konsumenten zu handeln. Die Arbeiterschaft wird zersplittert, denn die Verträge verhindern das Eintreten der einen Schicht für die andere durch Sympathiestreiks. Ein Unfuss sei auch die Organisation der Arbeiter nach Berufen, statt nach Betrieben. Dadurch entstehen in der Entlohnung Unterschiede, die durch nichts zu rechtfertigen seien. Da jedoch die Führung wirtschaftlicher Kämpfe nicht Aufgabe unserer Partei sein kann, so müssen für diesen Zweck die Gewerkschaften in unserem Sinne umgestaltet werden.

Genosse Frölich-Hamburg berichtet, daß bereits in allen Großbetrieben Hamburgs die Bildung von Betriebsräten durchgeführt sei, die auch ihre Aufgaben in unserem Sinne erfüllen. Die Mißstimmung gegen die Gewerkschaften entspringt den Erfahrungen, die auch schon in der Vorkriegszeit die Arbeiter gemacht hätten. Das Verhalten der Gewerkschaftsführer zu den jetzt stattfindenden Streiks erklärt sich nur daraus, daß diese Herren die Sozialisierung nicht für durchführbar halten und richtig empfinden, daß die jetzigen Forderungen der Arbeiter doch die Existenz des Kapitalismus gefährden. Wie Erfahrungen hatten die Hamburger Genossen auch mit der sozialpolitischen Ablehnung des A. und S. Rates in Hamburg gemacht, die aus Gewerkschaftsbeamten gebildet worden sei. Er spricht deshalb für eine klare Entscheidung in unserer Stellung zu den Gewerkschaften. Es sei ja auch ganz unmöglich, mit den Gewerkschaften an das ungeheure konzentrierte Kapital ernsthaft heranzukommen. Wir stellen uns auf den Standpunkt, daß die früher gebotene Zerteilung der Arbeiterbewegung in politische und gewerkschaftliche Organisationen aufhören muß. Für uns kann es nur die Parole geben: Herans mit den Gewerkschaften. Was aber dann? Wir haben unsere einheitliche Organisation und die Grundlage dafür bilden die Gruppen unserer Genossen in den Betrieben.

Genosse Jacob-Berlin weist darauf hin, daß auch das ländliche Proletariat auf die Sozialisierung des Großgrundbesitzes wartet. Wenn wir diese Massen für den revolutionären Kampf mobilisieren wollen, dürfen wir das Drängen in dieser Richtung nicht vergessen.

Genosse Seibel-Düsseldorf polemisiert gegen den Genossen Frölich. Er erklärt sich die Haltung der Gewerkschaftsführer lediglich aus der Sorge um ihre eigene Stellung. Deshalb lehnen sie alles daran, die Betriebsausschüsse zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Er weist auf einige beachtenswerte Vorgänge in Norddeutschland hin. Dort schaffen die Industriellen die Rohstoffe von den Fabrikationsgegenständen fort ins Bandinnere. Sie befürchten, daß die Arbeiterschaft die Sozialisierung doch durchsetzt und wollen ihnen durch die Fortführung der Rohstoffe ihre Arbeit erschweren. Unerhört sei auch, daß noch immer Kriegsmaterial hergestellt wird, das oft an anderen Stellen wieder zerschlagen werde. Die Unternehmer weigern sich, Friedenswaren anzufertigen, denn — erklären sie — das Kriegsmaterial bezahlt

uns die Regierung, wer aber bezahlt uns die Friedenswaren?

Genosse Sturm-Hamburg geht näher auf die von einer besonderen Kommission als Material der Sitzung vorgelegten Zeitungsberichte ein und macht an Hand der Erfahrungen, die in Russland gemacht worden seien, Abänderungsvorschläge. Genosse Müller-Brandenburg bestätigt die Mitteilungen Seibels hinsichtlich der Fabrikation und Wiederverwertung von Kriegsmaterial. Genosse Schröder-Dormmund gibt noch einige Anregungen, wie die Vorarbeiten für die Sozialisierung der Betriebe gestaltet werden können. Genosse Ober-Essen schildert aus seinen Erfahrungen, wie Gewerkschaftsführer während des Krieges bemüht waren, die draußen stehenden Genossen gegen die in der Heimat lebenden aufzureizen.

Genosse Heffert-Chemnitz bespricht noch einmal ausführlich unsere Stellung zu den Gewerkschaften. Es sei durchaus nicht zu bestreiten, daß die Gewerkschaften während des ganzen Krieges starke kontrerevolutionäre Tendenzen entwickelt hätten. Ich möchte aber doch bemerken: Warum ließen die Arbeiter sich das forgesetzt gefallen? Auch bei dieser Frage machen sich eine Reihe von Kongreßteilnehmern ihre Stellungnahme allzu leicht. Seiner Ansicht nach seien die Gewerkschaften, je mehr die Revolution fortschreite, um so weniger faktisch in der Lage, ihre alte gefährliche Politik fortzusetzen. Ein Teil ihrer bisherigen Aufgaben wird ihnen durch die Betriebsräte abgenommen. Trotzdem bleiben für sie Aufgaben zu erfüllen übrig. Die Unternehmenseinrichtungen werden ihre Bedeutung verlieren und damit auch die Gewerkschaften wieder gezwungen, wollen sie nicht verschwinden, sich den gänzlich veränderten Verhältnissen anzupassen. Eine Parole „Raus aus den Gewerkschaften“ würde schädlich wirken, weil sie uns in unserer Arbeit hemmen würde und sie ist überflüssig, weil die Gewerkschaften sich den neuen Aufgaben wohl oder übel anpassen müssen.

Als letzter Redner in der Debatte spricht Genossin Luxemburg: Ich bebaure nicht, daß sich eine Gewerkschaftsdebatte im Anschluß an das Referat des Genossen Ronge entwickelt hat, sondern begrüße das aus vollem Herzen. Deutschland ist das einzige Land, in dem während des ganzen Krieges infolge der schmachvollen Haltung der Gewerkschaften infolge der sozialistischen Kämpfe stattgefunden haben. Wenn die deutschen Gewerkschaften nichts weiter als das auf dem Gewissen hätten, wären sie wert zu verschwinden. Sie haben sich aus Arbeiterorganisationen zu den festesten Stützen des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Gesellschaft entwickelt. Und deshalb ist es selbstverständlich, daß der Kampf um die Sozialisierung nicht geführt werden kann, ohne die Frage der Liquidierung der Gewerkschaften anzuschneiden. Darin sind wir alle einig. Wer verschiedene uns unsere Ansichten über den einzuschlagenden Weg. Den Vorschlag der Hamburger, Einheitsorganisationen zu bilden, halte ich für verfehlt, weil ich meine, daß die Aufgaben der Gewerkschaften durch die A. und S. Räte und durch die Betriebsräte übernommen werden müssen. Auch kann nicht durch die Liquidierung der Gewerkschaften noch eine Reihe von Fragen spruchreif, die nicht aus dem Handgelenk erledigt werden können. Ich schlage deshalb vor, die vorliegenden Anträge den gebildeten Ausschüssen für wirtschaftliche Fragen zu überweisen, dessen Vorschläge den Mitgliedschaften zur Stellungnahme mitzuteilen werden sollen.

Genosse Bied schlägt vor, die Anträge einer hier zu wählenden Programmkommission zu übergeben. Die Antragsteller erklären sich damit einverstanden.

Im Schlußwort sagt Ronge, daß er die Auffassung eines Vornehmers über eine etwaige geistige Wandlung der Gewerkschaften in revolutionären Sinne für zu optimistisch habe. Gerade die Haltung fast aller Gewerkschaftsführer nach dem 9. November sei bisher nichts weniger, als revolutionär, sei gegenrevolutionär gewesen. Unsere Partei könne nicht eine politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation in dem Sinne sein, daß wir direkte gewerkschaftliche Kämpfe führen. Wir führen den politischen Kampf. Die direkten wirtschaftlichen Maßnahmen treffen die Arbeiter durch ihre Betriebsräte, die wir in ihren Kämpfen unterstützen.

Nachmittagsitzung.

Um 2,30 Uhr eröffnet Genosse Walcher die Sitzung. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte erhält das Wort Genosse Bied zur Verlesung einer Erklärung der heute zur Konferenz hinzugekommenen Vertreter der früheren Gruppe der Internationalen Kommunisten Deutschlands, in der sie die Hoffnung ausdrücken, daß die Zusammenarbeit in der neuen Partei eine gewöhnliche sein wird.

Sodann erhält Genossin Rosa Luxemburg das Wort zu einem Referat über das Programm der neuen Partei. Wenn wir heute an die Frage herantreten, unser Programm zu diskutieren und zu beschreiben, so liegt dem mehr zugrunde als die Tatsache, daß wir uns gestern als Partei konstituiert haben. Wir befinden uns in einem historischen Moment, der wie kein anderer uns die Pflicht auferlegt, das Programm der revolutionären Arbeiterschaft Deutschlands bewußt auf eine neue Basis zu stellen. Wir knüpfen dabei an das vor siebzig Jahren ge-

Italiene kommunistische Manifest an. Tarnals glauben Marx und Engels und mit ihnen die führenden Geister, das Proletariat stände unmittelbar vor der Aufgabe, die sozialistische Gesellschaft zu organisieren. Nachher kamen die Genossen, wie sie wissen, leicht zu einer Revision ihres Standpunktes. Im zweiten Teil des kommunistischen Manifestes sind all die Aufgaben zusammengefasst, vor deren Durchführung wir jetzt unumkehrbar stehen. Zwischen dem Zeitpunkt, wo jenes Programm aufgestellt wurde, und heute liegen siebenzig Jahre Entwicklung. Wir stehen zurück zu dem Zeitpunkt, der damals Irrtum war. Allerdings stehen wir heute nicht nur siebenzig Jahre kapitalistischer Entwicklung, sondern auch siebenzig Jahre deutscher Arbeiterbewegung. Es entstanden damals im Anschluss an die erste Internationale in allen Ländern sozialistische Arbeiterparteien, die ihre Aufgaben anders aufzufassen, als sie im kommunistischen Manifest niedergelegt waren. Dieser Umkehrung hat namentlich in Deutschland eine sehr typische Form angenommen, die sich allmählich im Erfurter Programm kristallisierte. Für die Aufstellung dieses Programms und die Taktik der deutschen Arbeiterbewegung wurden maßgebend die Ansichten der Engels 1897 in seinem Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ niedergelegt hat. Es ist eine historische Pflicht, wenn wir es hier aussprechen, dass wir eine Revision dieser Taktik hier vorschlagen wollen, der Taktik, die in der deutschen Sozialdemokratie bis zum Krieg lebte, vielmehr sie totnoch. Engels entwarf mit aller Sachkenntnis, die ihm auch in militärischen Dingen eigen war, die Ansicht, es sei ein Wahnsinn, bei der vorgeschrittenen Technik aller Waffen, Revolution auf der Straße machen zu wollen. Diese Argumentation hatte zur Folge, dass der parlamentarische Kampf als einziges Mittel des Klassenkampfes hingestellt wurde. Zweitens wurde der Proletariat im Klassenkampf als von vornherein immun und unzugänglich für die politische Agitation hingestellt. Voraussetzung der Engelschen Ausführungen war, dass der Sozialist ein für allemal eine Stütze der bürgerlichen Gesellschaft sei. Das wäre unbegreiflich, wenn man nicht wüsste, dass Engels dies seinerzeit unter dem direkten Druck der damaligen Reichstagsfraktion geschrieben hat, die seinerzeit in der Partei immer wieder gegen radikale Elemente anzukämpfen hatte. Aber die Engelsche Auffassung beherrschte tatsächlich die deutsche Arbeiterklasse bis zum 4. August 1914. Hätte Engels die praktischen Folgen seiner Stellungnahme selbst erlebt, er wäre sicher einer der ersten gewesen, die dagegen aufgetreten wären. Engels starb 1895 und die theoretische Führung ging in die Hände von Kautsky über, und da erlebten wir, dass jede Auflehnung gegen den Parlamentarismus als Anarchismus oder mindestens als Antimarxismus gestempelt wurde. Und so war das weitere Leben der Partei ein Dahinsinken im Rahmen und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft. Heute erleben wir den Moment, wo wir sagen können: Wir sind wieder bei Marx und bei seinem Programm. Unser Programm ist nichts anderes als Sozialismus, wie ihn unsere Meister selbst gelebt haben und von dem sie nie abgewichen sind. Sozialismus führte nicht dahin, wo die Scheidemänner hingekommen sind. Er führte dahin, dass wir heute die besten Massen des revolutionären Proletariats hinter uns haben. Wir stehen wieder auf dem Standpunkt, wo vor siebenzig Jahren Marx und Engels standen, bereichert durch siebenzigjährige Erfahrungen. Damals, bei der Revision ihres Standpunktes, dachten unsere Meister an eine lange Entwicklungsperiode, ehe die Sozialisierung zur Tatsache werden könne. Sind siebenzig Jahre nicht ein Vergleich zu früheren Perioden eine kurze Zeitspanne? Wir sind heute nicht nur in der Lage, die Sozialisierung durchzuführen, nein, es ist sogar unsere Pflicht, denn es ist die einzig mögliche Rettung vor völliger Auflösung, vor völliger Anarchie. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Formell liegen zwar noch alle Produktionsmittel in den Händen der Kapitalisten, aber sie können damit nichts mehr machen, als die Anarchie vollenden. Der Sozialismus ist sehr eine geschichtliche Notwendigkeit geworden, nicht bloß, weil das Proletariat es will, sondern weil uns, wenn wir nicht sozialisieren, der allgemeine Untergang bevorsteht. (Lebhaftes: Sehr richtig und Beifall.)

Wir stehen und in bewussten Gegensatz zum Erfurter Programm für uns gibt es keine Trennung der Arbeit mehr in Minimal- und Maximalprogramm, sondern es gibt nur eines: Die Durchführung des Programms, wie es im kommunistischen Manifest entwickelt worden ist.

Über die einzelnen Forderungen des in Broschürenform vor Ihnen liegenden Entwurfs will ich nicht sprechen, sondern ich will Ihnen nur in großen Zügen darlegen, wie wir uns das Arbeiten in seinem Sinne denken.

Dieser Parteitag fällt zusammen mit einem Wendepunkt in der deutschen Revolution selbst. Mit der Entwicklung der letzten Tage ist die erste Phase der Entwicklung der Revolution abgeschlossen. Werfen wir einen kleinen Rückblick auf diese erste Periode. Es war eine Periode voll Unzulänglichkeiten. Man kann nach der fünfzigjährigen Arbeit der deutschen Sozialdemokratie nicht erwarten, dass das Proletariat sofort die Situation am 9. November voll erkannte. Es war mehr ein Zusammenbruch des inneren Kolosses Imperialismus, als bewusste Revolution. Eine chaotische Bewegung, in der nur die Bildung der A- und S-Mäte den proletarischen Einschlag kennzeichnet. Und diejenigen, die heute Tag für Tag die russische Revolution verraten, müssen wir immer wieder darauf hinweisen, wo die deutschen Arbeiter das ABC der Revolution gelernt haben. Die Ebert-Scheidemann haben heute selbst auf Institutionen, die nach russischen Mustern gebildet wurden. Die gegenwärtige Revolution steht unter dem Geißel der historischen Notwendigkeit. Es waren zwar erst die ersten Hindernisse der Revolution, die nach gewaltigen Anstrengungen erst nach dem Ende kommen. Die erste Periode ist gekennzeichnet durch Illusionen nach allen Seiten. Erste Illusion: Unmöglichkeit unter dem Banner des Sozialismus. In der Spitze Männer, die zwei Stunden vorher noch gegen die Revolution gekämpft haben. Eine Illusion, die wir heute in den letzten Tagen wieder abzuwerfen haben. Eine Illusion der Bourgeoisie, dass sie vermittels der Scheidemänner die proletarischen Massen im Hande halten können. Illusionen über die Vorgänge der ersten Phase erklären. Es hat sich gezeigt, dass die Vereinigung von Dage mit Ebert und

Scheidemann nichts anderes bedeutet als ein Zeichen für die Konturrevolution. Diese Illusion ist selber mit dem Wille des Volkes besiegelt, mit den Opfern des 6. und 24. Dezember. Herronnen ist aber auch die Illusion der Scheidemänner, dass mit Hilfe der Frontsoldaten dauernd die Revolution niederzuhalten sei. Aber auch die Bourgeoisie hat eingesehen, dass die russische Ebert usw. sich als untauglich erwiesen haben, die die Anecke niederzuhalten. Am Ende der ersten Phase also eine Revolution nach allen Seiten. Aber gerade solche revolutionären Tendenzen sind der größte Gewinn. Heute laup auch der Möchte nicht verfehlen: Die gegenwärtige Regierung, das ist die Konturrevolution, wie sie lebt und lebt!

Was ergibt sich als weitere Perspektive für die weitere Entwicklung? Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, zu prophezeien. Wohin kann sich der Kurs der sogenannten sozialistischen Regierung wenden? Hinter ihr stehen nur noch Reste der Arbeiterschaft. Sie haben den Kredit ruhmlos unter den Soldaten verloren. Sie haben den Kredit der Bourgeoisie verloren. Wohin kann ihr Weg gehen? Mit der Komödie der sozialistischen Politik werden sie sehr schnell aufzukommen. Das Programm der neuen Regierung ist die Restauration der alten Zustände. Präsident, Vizepräsident und die Wiederbelebung des alten Reichstages dürfte nicht lange auf sich warten lassen. Damit begeben sie sich aber selbst auf eine schiefe Ebene, von der sie nie zurückkehren werden. Die Forderung der süddeutschen Staaten bedeutet: Verlagerung des Reichstages auf ein neues Feld. Das ist die wirtschaftliche Krise, die heute in der zweiten Phase der Revolution viel schärfer ausgedeutet werden wird als in der ersten. Ein neues Feuer ist aus der Tiefe aufgegliegen. Das sind die wirtschaftlichen Kämpfe. Es liegt in der ganzen Natur der Revolution, dass die wirtschaftlichen Kämpfe immer mehr zur Hauptsache werden. Der Sozialismus wird nicht und kann nicht gemacht werden durch Dekrete einer noch so ausgezeichneten Regierung. Nur durch den Kampf der Arbeiter Brust an Brust gegen die Unternehmer kann er entstehen. Wie ist die äußere Form: Der Streik. Wir, die kommunistische Partei, sind die einzigen, die wirklich in den Streikenden stehen. In dieser Beziehung unterscheiden sich die U. S. P. und die Scheidemänner nicht von allen Bürgerlichen; alle sind sie einig darin, dass sie jetzt die Streiks als höchlich hinderlich, verworfen, bekämpfen. Eine ungeheure Verschärfung des Kampfes muss auch auf wirtschaftliche Vorteile eintreten. Durch die Streiks kommen wir an die Stelle, wo das Kapital keinen Spaß versteht. Sie werden die Regierung Ebert-Scheidemann vor die Alternative stellen, entweder den Streik ein Ende zu bereiten, oder aber die Herren selbst werden ausgepielt haben. Die Bourgeoisie wird sich sehr überlegen, ob sie den Helm auf die Schultern eines Ebert legt. Wenn wir einen König haben wollen — so werden die Herren sich sagen —, so brauchen wir keinen, der sich nicht einmal wie ein König zu benehmen weiß. Und so ist es sehr leicht möglich, wir bekommen eine Militärdictatur oder Diktatur in anderer Form. Genauer lässt sich nicht prophezeien, aber was genügt die großen Linien. Es kommt also eine zweite Phase verschärften Kampfes, in der die Regierung Ebert-Scheidemann in den Lufthafen verschwinden wird. Ob die Nationalversammlung kommt oder nicht, ist zweifelhaft. Ob sie zustande kommt oder nicht, ist gleichgültig.

Die letzte Reserve der Konturrevolution, das ist die Entente. Das bedeutendste Merkmal der Vorpänge in M i q a. Dort marschieren jetzt dank der Niederträchtigkeit der Regierung Ebert-Scheidemann und dank der Arbeit des deutschen Genossenschaftsführers August Winnig deutsche Arbeiter gemeinsam mit Ententetruppen und baltischen Baronen gegen russische bolschewistische Truppen. Das ist so inscham, dass ich es ruhig aussprechen, dass die deutschen Genossenschaftsführer und die deutsche Sozialdemokratie die größten Schallfänger sind. (Stürmischer Beifall.) Nach dem deutschen Strafrecht, das die Herren selbst noch nicht befeht haben, nach dem sie heute noch Recht sprechen lassen, gehören die Leute ins Zuchthaus. (Stürmische Zustimmung.) Wir haben heute an der Seite der deutschen Regierung nicht nur die Reste der proletarischen Revolution, sondern Zuchthausler. (Wiederholte stürmische Zustimmung.)

Alle diese Machtinstanzen, alle diese eisernen Divisionen, das sind die letzten Reserven, an die man appellieren wird, um die deutsche Revolution zu erschaffen. Wir sollen die Schwereide sein, und sie bereiten mit eigenen Händen das Wiederaufflammen des Krieges im Osten vor. (Lebhaftes Zustimmung.)

Wir haben zusammen mit den Interessen der Revolution auch die Interessen des Weltfriedens zu verteidigen. Friede bedeutet Konturrevolution des sozialistischen Proletariats.

Was ergibt sich für uns als allgemeine taktische Richtlinie? Das nächste ist die Forderung auf den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann. Ich möchte aber Ihren Wiedernoten, dass der Sturz der Regierung den Sieg der proletarischen Revolution ausmacht. Wir müssen unangelehrt die Regierung Ebert-Scheidemann von unten her unterminieren. Die Revolution war bisher nur eine städtische, und das gewaltige platt Land ist noch unberührt. Ohne die Landarbeiterschaft ist sich der Sozialismus gar nicht durchzuführen. Und es ist damit leider noch nicht der Anfang gemacht. Die Bauern bleiben auch jetzt noch eine Reserve der Konturrevolution. Wir müssen dagegen die ländlichen Proletariat und das bäuerliche Kleinbauerntum mobilisieren. Dazu den Anbau des Mais, Systems und seine Verteidigung gegen alle Angriffe. Landarbeiter und Kleinbauern müssen in dieses System einbezogen werden. Und so müssen wir von unten auf alles vorbereiten, was, wenn tatsächlich die Regierung fällt, das nur der Schwereide der Arbeit ist, und das wir dann die Macht behalten, an den Aufbau herauszugeben. Dazu müssen unsere Arbeiter erst geschult werden. Nicht durch Aufklärung allein, sondern durch die praktische Arbeit. Die Masse muss, um den sie Macht anzuheben, es lernen, sie gleichmäßig anzuheben. Der 9. November war der Versuch, an der Gewalt zu scheitern. Was wir jetzt machen, ist, mit vollem Bewusstsein

die ganze Kraft auf die Verflüchtigung der kapitalistischen Gesellschaft und die Verwirklichung des Sozialismus richten. Genosseninnen und Genossen! Ich weiß, dass die Schilberung der Schwierigkeiten des weiteren Kampfes Euch nicht erschrecken lässt, sondern Euch aufspornen wird, mit ganzer Kraft weiter zu arbeiten, ohne zu rasten, bis zum endlichen Siege.

Dem dreiviertelstündigen Vortrage, den die Konferenz im lauloser Stille angehört hatte, folgte stürmischer, lang anhaltender Beifall.

Eine von der Genossin Buzemburg eingebrachte Entschleunigung, in der das schmächtige Verhalten der Regierung, Ebert-Scheidemann gegen das russische revolutionäre Proletariat gebrandmarkt wird, wurde einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

In der Diskussion sprachen die Genossen Frick-Domburg, Kränzel-Königsberg, Männer, Reine-Neudlin, Mayer-Aerin, Reinen-München. Es wurden besprochen die Fragen des Kleinbesitzes, die Agrarfrage, die Schulreform, die Frage des Territoriums. Genosse Liebnecht wies darauf hin, dass wir die Solidarität mit unsern russischen Brüdern angeht, dass der neuesten Schandtat der Ebert-Scheidemann-Regierung dadurch praktisch Scharbaten müssen, dass wir die Proletariat im Klassenkampf unterstützen müssen, dass wir die schändliche Humung abzulehnen und sich offen gegen ihre Führer zu wenden. (Stürmische Zustimmung.)

Die in der Debatte gegebenen Anregungen wurden einer Programm- und Organisationskommission zur Bewertung und Bearbeitung überwiesen. Die Kommission besteht aus dreißig Mitgliedern, Vertretern der Bezirke, der Zentrale, des roten Soldatenbundes, der Frauen und der Jugend.

Über Organisation referierte Genosse Oberlein. Eine lange Debatte entspann sich über die Zusammensetzung der Zentrale. Ausführlichen Bericht lassen wir morgen folgen. Schluss der Sitzung um 9 Uhr. Fortsetzung morgen 11 Uhr.

Spartakushege in der Schweiz.

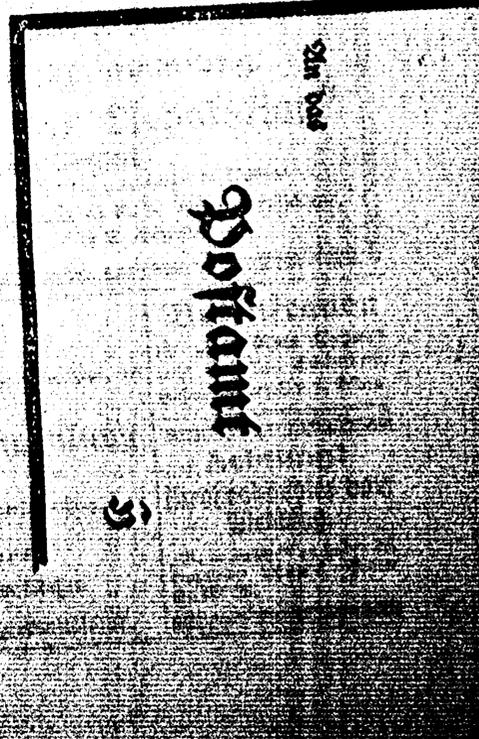
Maria, 31. Dezember. (S. L. S.) Der Schweizerische Druck- und Verlagsanstalt ist aus sicherer Quelle zur Kenntnis gekommen, dass die deutsche Sozialdemokratie, darunter ehemalige Soldaten und Kriegsgefangene, bolschewistische Propaganda in der Schweiz für die Verbreitung sozialistischer Propaganda in Deutschland mit sich führen. Die Spartakusleute in Deutschland sollen eine eigene Kommission gebildet haben, um ihren Einfluss in den neutralen Ländern geltend machen zu können. Ihre Agenten sollen versuchen, mit solchen Vätern von Sozialdemokraten in Frankreich und in der Schweiz zu gelangen. Die Parteiführer der Schweiz und Gemeinden sind deshalb zu starker Beachtung aller ankommenden Fremden angehalten. Es ist darauf zu achten, ob ausländische bolschewistische Agenten unter Verhüllung eines fremden Passports zu verhaften.

Parteinachrichten.

Neudlin für Neberteil in die kommunistische Partei.

Die am 30. d. M. in der Antonstrasse in der Poststraße tagende, von ca. 8000 Genossen und Genossinnen besetzte Mitgliederversammlung des Erbkreises Neudlin der U. S. P. nahm die Stellung zu der Politik der unabhängigen Partei in der Schweiz und Revolutionzeit. Referent war der Genosse Emil Barth. Er verurteilte die Politik der unabhängigen Partei und ihrer Mitglieder, die Politik der unabhängigen Partei zu verteidigen. Er sagte, wenn wir nicht der in der Regierung zu verteidigen, wäre noch viel mehr Ansehen angebracht worden. Hätten die gegenrevolutionären Mächte noch viel mehr Einfluss gehabt, Genosse Liebnecht hätte das Portefeuille übergenommen. Er gefielte an Hans von Dittmann und Barth, die Politik der Halbheiten. Die Dage, Dittmann und Barth waren das Feindbild für alle gegenrevolutionären Kräfte und wurden das Feindbild für alle gegenrevolutionären Kräfte. Durch die Ebert-Scheidemann. Von dieser Schuld den fortwährenden Kampf aller christlichen revolutionären Elemente in der unabhängigen Partei mit der Parteileitung und den Anhängern. Ein Parteitag sei veranlasst worden. „Wir“ so sagte Liebnecht, können das nicht länger mitmachen, und darum hat die Konferenz des Spartakusbundes im Neudlin beschlossen, eine neue Partei zu bilden unter dem Namen „Revolutionäre kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund)“ (Stürmischer Beifall.) Unter dem Namen „Revolutionäre kommunistische Partei Deutschlands“ (Spartakusbund) (Stürmischer Beifall.) Er verwarf auf das kommende Jahr, Arbeit, revolutionäre, Lebensmittelpolitik und soziale, die die Parteien die

Hier abtrennen!



Scheidemänner im rein mit der proletarischen Aktionsfähigkeit hinübergerückt werden.
 Folgende Resolution wurde mit ca. 2900 gegen ca. 100 Stimmen angenommen:
 „Die heutige am 30. Dezember 1918 tagende, von ca. 3000 Genossen und Genossinnen besuchte Mitgliederversammlung des Ortsvereins Neukölln verurteilt die Politik der Halbheiten der U. S. V. vom Tage ihres Bestehens bis jetzt.
 Die Versammlung erklärt sich mit der Politik des Spartakusbundes einverstanden und beschließt, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß sich ein möglichst geschlossener Hebertritt zur revolutionären kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) vollzieht.
 Sie fordert von der am 1. Januar 1919 tagenden Freieigenen Parteiverammlung einen Beschluß in diesem Sinne.“

Stellig tritt der kommunistischen Partei bei.
 Der Ortsverein Berlin-Steglitz der U. S. V. ist am 30. Dezember durch einstimmigen Beschluß zur kommunistischen Partei übergetreten.

Der Streik in Oberschlesien.

W. L. S. teilt mit:
 Katowitz, 31. Dezember. Die Streiksage in Oberschlesien hat sich heute etwas beruhigt, wenn auch der Generalstreik in der Nacht vom 30. zum 31. Dezember von den Arbeitern angebrocht worden ist. In Katowitz fand am 30. Dezember nachmittags eine Sitzung im ober-schlesischen Berg- und hüttenmännischen Verein statt zwischen den Vertretern der größeren Verwaltungen, den Gewerkschaftsvertretern und einer Deputation von 20 Arbeitern als Vertreter von einzelnen kleineren Gruben, die ihre Teilnahme an der Besprechung unberechtigtweise erzwungen hatten. Sie forderten die schon vorher von ihnen verlangte Entschädigung von 300 Mark für alle Arbeiter und drohten, falls sie nicht sofort bewilligt würde, für heute mit dem Generalstreik. Die Sitzung dauerte bis in die Nacht, eine Entscheidung kam jedoch nicht zustande, da die Erfüllung der Arbeiterforderung den Ruin des ober-schlesischen Bergbaues bedeuten würde.

Heute fand unter dem Vorsitz des Volksbeauftragten Landberg in Katowitz eine Beratung zwischen den Gewerkschaftsvertretern und den Vertretern der Streikenden statt, von deren Ausfall die Durchführung des Generalstreiks abhängen wird.

Aber die Einzelheiten der Streiksage ist heute folgendes zu berichten: Erloschen ist der Streik auf der Schlesien-Grube, Deutscher-Grube, Dübener-Grube, Castellano-Grube und Himmelsberg-Grube. Neu in den Ausstand getreten sind: Die Gewerkschaft der Kupfer-Grube, der Deutschland-Grube und der Rhein-Grube. Gestreikt wird ferner noch auf Dübener-Grube, Preußen-Grube, Wittenberg-Grube, Hiltbrand-Grube, Wagnerschicht, Hagenhollern-Grube, Gräfin-Johanna-Schöck, Paulus-Grube und Wittenberg-Grube. Die Gewerkschaft der Streikenden beträgt 1000. Ein Kommando-Grube werden auch heute morgen wieder terroristische Übergriffe der Streikenden gegen Betriebe gemeldet.

Schweiz Wolffs Bureau. Es wurde über den Streik zwischen Arbeitern und Gewerkschaftsführern verhandelt, und eine Deputation von Arbeitern hatte an der Sitzung teilweise ihre Teilnahme an den Beratungen erzwungen. Das eine Wort spricht Wank. Bei solchen Auffassungen, daß die Arbeiter nicht berechnigt sind, bei diesen Beratungen mitzumachen, braucht man sich allerdings nicht zu wundern, wenn es lebhaftere Konflikte geben würde.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Das neue Hilfsdienstgesetz.
 Der Rat der Volksbeauftragten und der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts haben unter dem Namen „Verordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und Erleichterung von Arbeitsfreistellungen“ eine Revision des Hilfsdienstgesetzes im Laufe von 31 Paragraphen herausgegeben.
 Wird sich die Regierung wirklich ein, mit ihren Vorschlägen zur barockartigen Typhonisierung der Arbeiterforderungen irgendwelchen Tadel zu machen? Kommt sie wirklich, die jetzigen Betriebsräte der Arbeiter werden verschwinden, weil sie die Bilanz von Arbeiterausschüssen im Hilfsdienstgesetzlichen Sinne verordnet?

Für den Geist der Verordnung ist es charakteristisch, daß es darin z. B. heißt: „Der Arbeitgeber hat für die Leitung der Wahlen zu den Arbeiterausschüssen und den Angestelltenausschüssen je einen aus drei Mitgliedern bestehenden Wahlvorstand zu bestellen.“ Der Arbeiterausschuss soll auf Einhaltung der zwischen den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge achten und das „gute Einvernehmen“ zwischen Arbeitern und dem Arbeitgeber fördern. So heißt es wörtlich:
 „Mit solchen Späßchen schlägt die „sozialistische“ Regierung Zeit los; die Arbeiter werden den Fehlpapier, auf dem die Verordnung gedruckt ist, lieber in gegenwärtiger Weise verwenden.“

Streik der Scherischen Angestellten.
 Da die Firma August Scherl (Abteilung Berliner Maschinenbau) es nicht für nötig gefunden hat, auf die beschiedenen Wünsche der Angestellten überhaupt eine Antwort zu erteilen, oder in Verhandlungen einzutreten, haben sich die Angestellten gezwungen, geschlossen die Arbeit niederzulegen. Die Hilfsarbeiter haben sich der Arbeitsbewegung einmütig angeschlossen.

Die Streiks des Bauers.
 Der „Vorwärts“ berichtet in seiner Abendnummer vom Sonntag:

„Für den Lohnausfall an den Revolutions-tagen Entschädigung zu leisten?“
 Unter dieser Stichworte erschien am 19. Dezember im „Vorwärts“ eine von Dr. Leo von Sprockmann, dem Vorsitzenden des Reichsarbeitsamts, unterschriebene Note, worin mitgeteilt wurde, daß kein Anspruch auf Zahlung des Lohnausfalls für die Revolutions-tage — 9. und 11. November — bestehe. Dabei wurde hingewiesen auf eine Auskunft, die das Reichsarbeitsamt erteilt hat, in der gesagt worden ist, dieses Amt habe keine Verantwortung übernommen, monach für die beiden Tage der Lohnausfall zu zahlen sei. Letztendlich ist aber eine solche Verantwortung herausgerückt worden, wurde gleich nach der Revolution durch Säulensturz besetzt gegeben und hatte folgenden Wortlaut:

Lohnausfall für die Streiks-tage.
 Auf Grund des Erlasses des Rats der Volksbeauftragten über die Errichtung des Demobilisierungsamts vom 12. November 1918 wird verordnet was folgt:
 1. Allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die innerhalb des Verwaltungsbezirks des Reichs Grob-Berlin am 9. und 11. November 1918 die Arbeit eingestellt haben, ist der Lohn für diese Tage zu zahlen.
 2. Allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die gemeinsam in den Arbeiterräten der einzelnen Betriebe tätig sind, ist für diese Tätigkeiten der bisherige Lohn weiterzugeben.
 Berlin, 14. November 1918.

Der Erlass ist, wie sein Wortlaut schon ergibt, nicht vom Reichsarbeitsamt, bei dem angefragt worden ist, herausgegeben, auch nicht, wie Dr. Leo anmahnt, von dem Volksrat, sondern vom Demobilisierungsamt, also einer dazu befugten Behörde. Auffällig ist, daß das Reichsarbeitsamt nicht auf die Frage geantwortet hat, über dies ändert nichts daran, daß die Verordnung inkonsequent ist und daß das Urteil des Berliner Gewerbegerichts ein Fehlurteil ist. Das Demobilisierungsamt, bei dem wir Erklärungen eingezogen haben, wird dies dem Gewerbegericht gerne bestätigen.

Der „Vorwärts“ hat verlesen, mitteilen, daß der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts Herr Otto Bauer ist, der über dem Reichsarbeitsamt die zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften.

Der konnte das freilich nicht wissen!

Aus Grob-Berlin.

Das Miteinigungsamt empfängt täglich ganze Kästen voll Briefe, in denen die Mieter eine Entscheidung wegen des fortgesetzten Hinusschraubens der Mietpreise verlangen.
 Die Arbeiterräte der nördlichen Vororte Witzkau, Hermsdorf, Zehl, Rosenthal, Prenzl, Lübars, Waldmannslust, Dölligense, Oranienburg, Reinickendorf haben in einer Versammlung in Witzkau am 27. Dezember folgenden Beschluß gefaßt:
 „Die Mieter der nördlichen Vororte werden aufgerufen, allen Widerstand gegen die Steigerungen zu bieten. Zur Verhinderung der prozessualen Entfremdung sind Mieterverteidigungsgruppen zu organisieren. Die Miteinigungsämter sind laut Kontrollrecht der Arbeiterräte stets von Arbeiterräten zu kontrollieren.“

Solcher-Delegation der Gefängnisse 1896-99 der Grob-Berlin Truppenteile (je ein bis zwei Kommanden) treffen sich Donnerstag, den 2. Januar, zu einer wichtigen Besprechung im Lokal Charlottenstraße 7 (nahe Holsteisches Tor).

Befanntmachung.
 Der Volksrat wird einer der nächsten Sondersammlungen des Grob-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats Richtlinien für die Aufgabe und das Tätigkeitsfeld der Arbeiter- und Soldatenräte zur Beschäftigung vorlegen. Damit erfüllen wir einen wiederholt geäußerten Wunsch, dessen Durchführung und Erledigung mit jedem Tage dringender wird.
 Um einerseits die nötigen Unterlagen für diese Richtlinien zu schaffen, andererseits auch den Wünschen aller Parteigruppen Rechnung zu tragen und erteilten Debatte in der Volksratversammlung vorzubringen, helfen wir zur Vorbereitung mit den in Folge kommenden Druckgruppen für e. Verleih.

Diese Vorbereitungen haben nun:
 Arbeiterbundesrat, Prinz-Albrechtstr. 1. Für die Arbeiterräte der Freien Berufs: Sonnabend, den 4. Januar, vormittags 10 Uhr.
 2. Für die Arbeiterräte der Grob-Betriebe: Sonnabend, den 4. Januar, nachmittags 4 Uhr.
 3. Für die Arbeiterräte der Kleinbetriebe, bzw. der Betriebe, die keinen selbständigen Wahlkörper bilden: Sonntag, den 5. Januar, vormittags 10 Uhr.
 4. Für die Arbeiterräte der selbständigen Gewerbetreibenden: Montag, den 6. Januar, vormittags 10 Uhr.
 5. Für die Arbeiterräte der kaufmännischen Betriebe: Dienstag, den 7. Januar, nachmittags 4 Uhr.
 6. Für die Arbeiterräte der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe: Mittwoch, den 8. Januar, nachmittags 4 Uhr.
 Volksrat des U. S. V. Grob-Berlin.
 Hugo Müller. Kollensdorf.

Versammlungs-Kalender.

1. Januar:
 Spartakusbund (Moskita) 2. Bezirk. Am 1. Januar findet im Stadttheater Alt-Moskita eine große öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Karl Diehl spricht über die Aufgaben des revolutionären Proletariats im neuen Jahre.
 Sperrkassen, 16. Bezirk (Pflaumenberg-Kriegerstrasse). Die Genossen, die sich zur Beteiligung an der Agitation für Friedrichs-feld-Kampagne gemeldet haben, werden gebeten, sich am 1. Januar, vorm. 10 Uhr, bei dem Gen. Ratsh. Friedrichs-feld, Prinzen-Allee 16, Barriere, zu melden.
2. Januar:
 Spartakusbundlicher Arbeiter- und Soldatenrat. Zusammenkunft, 10. Bezirk, Oranienburg am Donnerstag, dem 2. Januar, abends 7 Uhr, im Reichs, Kleiner Saal, Waisenburger Straße 4. Der Bezirksausschuss.
 Arbeitslose Männer und Frauen! Donnerstag, den 2. Januar, 1/2 12 Uhr nachmittags, findet im Ritzsch-Buch eine Arbeitslosenversammlung statt. Referenten: Kowalew und Weik. — Der Generalkomitee der Arbeitslosen Grob-Berlin.
 Sperrkassen, Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 Uhr, im Rosenbaum, Kleiner Saal, Waisenburger Straße 4. Referent: Genosse Weik.
3. Januar:
 Bezirk 2. Freitag, den 3. Januar, abends 7 Uhr, im Lokal „Zum Pfefferberg“, Markgrafenstr. 17. Versammlung aller Anhänger des Spartakusbundes im bisherigen 2. Berliner Reichs-Kreis.
 Freie Jugend „Eldorf“. Am Freitag, dem 3. Januar, abends 7 Uhr, findet im Lokal „Hort“, Götterstr. 22, eine Versammlung mit Vortrag statt.
5. Januar:
 Prenzlau. Sonntag, den 5. Januar, 10 Uhr vormittags, im Parkhotel, Berliner Straße 102. Öffentliche Brieferversammlung. Tagesordnung: 1. Die Revolution und die Arbeiterbewegung. 2. Freie Ausdrucks. Referent: Karl Diehl. Genossen, Arbeiter, erscheint in Massen. Der Bezirksausschuss.

Inferat erfolgt heute 11 Uhr
Abgeordnetenhand, Zimmer 17.

Arbeiter, sammelt für den Kampffonds des Spartakusbundes!

Hiermit bestelle ich ein Exemplar der Zeitung
„Die rote Fahne“
 Erscheinungsort: Berlin.
 Ich bestelle für das erste Quartal 1919 zum Preise von 4,50 Mark auswärts. (Für den Monat Januar 1919 zum Preise von 1,50 Mark auswärts.)
 Ich bestelle für das zweite Quartal 1919 zum Preise von 4,50 Mark auswärts. (Für den Monat Juni 1919 zum Preise von 1,50 Mark auswärts.)
 Ich bestelle für das dritte Quartal 1919 zum Preise von 4,50 Mark auswärts. (Für den Monat September 1919 zum Preise von 1,50 Mark auswärts.)
 Ich bestelle für das vierte Quartal 1919 zum Preise von 4,50 Mark auswärts. (Für den Monat Dezember 1919 zum Preise von 1,50 Mark auswärts.)
 Name: _____
 Straße: _____
 Postamt: _____

Spartakusbund (Moskita) 3. Bezirk.
 Verlagslokal des Spartakusbundes:
Hugo Müller, Wiltshöder Straße 19.
 Daselbst Verkauf der Leitfäden unseres Bundes. Abonnenten der „Roten Fahne“ erhalten dieselbe durch unsere Speditoren.
Lorenz, Otto, Lübecker Straße 43
Müller, Gustav, Wiltshöder Straße 19
 morgens ins Haus geliefert.
Arbeiter, werdet Leser der „Roten Fahne“!

Arbeiterrinnen! Arbeiter! Soldaten!
Parteilosen!
Revolutionäre sozialistische Jugend!
Freitag, den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr
Sophienäle, Berlin, Sophienstraße
Öffentliche Volksversammlung
„Christentum und Sozialismus“
 Referent: Harzer von Goslar.
 Proletariat, erscheint in Massen!
 Der Einberufer: U. S. V. Deutschland.
 J. A.: Franz Hemfert.

Arbeiterrinnen! Arbeiter! Soldaten! Parteilosen!
Donnerstag, den 2. Januar, abends 7 1/2 Uhr
im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Öffentliche Volksversammlung
„Die Sicherung der Revolution“
 Referent: Franz Hemfert.
 Freie Ausdrucks.
 Wer tätige, erscheint in Massen!
 Der Einberufer: U. S. V. Gruppe Deutschland.
 J. A.: Eijohans.

Prenzlau.
Sonntag, den 5. Januar, 10 Uhr vormittags, im Parkhotel, Berliner Straße 102
Öffentliche Volksversammlung
 Tagesordnung:
 1. Die Revolution u. d. Nationalversammlung.
 2. Freie Ausdrucks.
 Referent: Karl Diehl.
 Genossen, Arbeiter, erscheint in Massen.
 Der Bezirksausschuss.

Botenfrauen
 für „Die rote Fahne“
 sucht Speditoren Schöneberg,
 Götterstr. 5, Laden.
Achtung!
Strasenhändler vom Wedding.
 „Die rote Fahne“ zu haben bei
 Speditoren Netz 3, Center
 Straße 25.